

Statement von Dr. Joachim Kreysing

**Geschäftsführer der Infraseriv Höchst und
Vorstandsvorsitzender des Landesverbands Hessen im
Verband der Chemischen Industrie e.V. (VCI Hessen)**

Frühjahrspressegespräch der Chemieverbände Hessen

am 18. März 2025

bei DECHEMA e.V., Theodor-Heuss-Allee 25, 60486

Frankfurt

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sperrfrist: 18. März 2025 – 12:00 Uhr

CHEMIEVERBÄNDE HESSEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch von meiner Seite herzlichen Dank, dass Sie sich heute die Zeit genommen haben, an dieser Pressekonferenz teilzunehmen.

Wir stehen vor entscheidenden Herausforderungen für die Chemie- und Pharmaindustrie in Hessen, aber auch darüber hinaus. Es geht um nichts weniger als die Zukunftsfähigkeit unseres Industriestandorts und damit um Wohlstand, Innovation und Lebensqualität in Deutschland.

Das ist eine Wahrheit, die auch in der Politik gilt. Nach aktuellem Stand der bundespolitischen Verhandlungen werden die Änderung des Grundgesetzes zur Auslagerung der Investitionen in die Verteidigungsfähigkeit sowie das Sondervermögen zur Instandsetzung der Infrastruktur zur Erreichung der Ziele helfen, grundlegende Strukturveränderungen aber nicht ersetzt.

Lassen Sie mich auf einige zentrale Themen eingehen, die für unsere Industrie von herausragender Bedeutung sind.

In der Energiepolitik haben wir dringenden Anpassungsbedarf.

Die Energiekosten in Deutschland gehören zu den höchsten weltweit, was unsere energieintensive Branche stark belastet. Wir benötigen bezahlbare, verlässliche und nachhaltige Energiequellen. Die Industrie ist bereit, ihren Beitrag zur Klimaneutralität zu leisten, doch dafür müssen die politischen Rahmenbedingungen stimmen. Ein schneller Ausbau der erneuerbaren Energien, die Stärkung der Infrastruktur sowie ein praxistaugliches Design für den Industriestrompreis sind dringend notwendig. Ohne wettbewerbsfähige Energiepreise droht eine Abwanderung von Unternehmen und damit auch ein Verlust von Arbeitsplätzen und Innovationskraft. In dem Anfang März veröffentlichten **Sondierungspapier** von CDU und SPD finden sich bereits gute Ansätze: Die Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß und die Halbierung der Netzentgelte sind wichtige Schritte. Zudem soll die Strompreiskompensation auf weitere energieintensive Branchen ausgeweitet und verlängert werden. Ein erhöhtes Energieangebot und der Ausbau der Netze sind ebenfalls vorgesehen. Die Gasspeicherumlage hat sich seit ihrer Einführung 2022 auf knapp 3 Euro/MWh verfünffacht, was die Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Unternehmen in Deutschland bedroht. Seit 2025 sind ausländische Unternehmen von der Umlage befreit. Um Chancengleichheit im

internationalen Wettbewerb zu gewährleisten, sollte die Umlage für inländische Unternehmen gestrichen und aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Zudem muss das Energiewirtschaftsgesetz reformiert werden, um Marktverzerrungen durch starre Fristen für Gasspeicherfüllstände zu korrigieren.

Unsere Unternehmen brauchen eine langfristige, zukunftsweisende Perspektive für ihr Wirtschaften am Standort. Die Politik muss eine Strategie entwickeln, die den prognostizierten Anstieg des Strombedarfs abdeckt und gleichzeitig stabile, wettbewerbsfähige und wachstumsfördernde Rahmenbedingungen für den wirtschaftlichen Wandel schafft. Dass die EU mit dem „Clean Industrial Deal“ und den „Omnibus-Verfahren“ Wettbewerbsfähigkeit, Energiepreise und Bürokratieabbau in den Fokus nimmt, ist richtig und vor dem Hintergrund der Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte auch dringend notwendig.

Kommen wir zu einem weiteren relevanten Feld: der umweltrechtlichen Regulierung.

Unsere Industrie beweist im Rahmen ihrer Transformation, dass Wachstum und Umweltschutz vereinbar sind. Wir brauchen eine Umweltpolitik, die Innovationen fördert und Planungs- sowie

Genehmigungsverfahren beschleunigt. Mit der neuen Industrieemissionsrichtlinie schafft die EU jedoch komplizierte und teure Umweltvorschriften, die dem Industriestandort Deutschland schaden. Unsere Industrie kämpft mit hohen Kosten und fehlender Planungssicherheit, was bereits zu Anlagenschließungen führt. Die Umsetzung der Richtlinie muss praxistauglich und unbürokratisch sein.

Es braucht eine neue Herangehensweise an Bürokratie, die auf Ermöglichung und Vertrauen setzt. Der Abbau von Berichtspflichten, nicht nur aber im Besonderen auch für den Mittelstand, bleibt vordringlich.

Wir begrüßen, dass die Forderungen der Industrie Gehör finden und wir aktuell sowohl auf EU-Ebene als auch im Sondierungspapier von CDU und SPD Anzeichen für einen Abbau bürokratischer Anforderungen an die Industrie erkennen. Das Sondierungspapier sieht vor, Bürokratiekosten in den nächsten vier Jahren um 25 % zu senken, indem Berichts-, Dokumentations- und Statistikpflichten sowie Beauftragte abgeschafft oder signifikant reduziert werden.

In Hessen will die Landesregierung mit dem Bündnis gegen Bürokratie den Normenbestand reduzieren und

Verwaltungsverfahren effizienter gestalten. Hier werden auch wir mitwirken und unsere Vorschläge einbringen.

In Brüssel soll das „Sounding Board für die Wirtschaft“ europäische Regulierungsvorschläge auf ihren bürokratischen Index, ihre Praktikabilität und ihre Folgen für die Wirtschaft hin untersuchen und, wenn notwendig, Verbesserungsvorschläge aus Hessen heraus erarbeiten und platzieren. Die Anstrengungen müssen an allen erdenklichen Stellen noch verstärkt werden.

An dieser Stelle möchte ich noch ein wichtiges Thema ansprechen: die Bildung. Wir setzen uns für eine deutliche Stärkung des Bildungssystems ein – von der Schule über die Hochschule bis zur Berufsausbildung. Wir sehen in diesen Bemühungen den **Schlüssel für Innovation und Fortschritt**. Es liegt in unser aller Interesse, jungen Menschen attraktive Perspektiven zu bieten und auch darüber hinaus lebenslanges Lernen zu fördern.

Wir engagieren uns hier mit außerschulischen MINT-Angeboten und Fortbildungen für Lehrkräfte. Unser Fokus liegt auf qualitativ hochwertiger MINT-Bildung. Bei der Digitalisierung und der frühkindlichen Bildung sehen wir noch großen Ausbaubedarf.

Schauen wir noch auf **Hessen als bedeutenden Pharmastandort.**

Die Pandemie hat die Wichtigkeit einer starken Gesundheitswirtschaft sehr deutlich aufgezeigt. Innovationen brauchen Planungssicherheit und internationale Konkurrenzfähigkeit. Anreize für neue Therapien und die Arzneimittelversorgung sind hier entscheidend. **Arzneimittel dürfen nicht als reiner „Kostenfaktor“ gesehen werden.** Daher fordern wir die enge Verzahnung zwischen Wirtschafts-, Gesundheits- und Forschungspolitik.

Die Politik sollte Anreize für die Ansiedlung von Produktions- und Forschungsstätten setzen: Diese Anreize liegen auch hier ganz entscheidend im Bürokratieabbau und in der Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, in Investitionszuschüssen und natürlich auch in der Ausweisung geeigneter Flächen.

In Hessen haben wir mit der Initiative Gesundheitsindustrie Hessen eine Plattform geschaffen, auf der sich Landesregierung, Hochschulen, Unternehmen der Gesundheitsindustrie und Gewerkschaft gemeinschaftlich für die **Entwicklung des Gesundheitsindustriestandortes Hessen** einsetzen. Im Fokus steht hierbei, zukunftsfähige Konzepte und Ideen für einen

CHEMIEVERBÄNDE HESSEN

weiterhin prosperierenden Gesundheitsindustriestandort zu entwickeln.

Damit komme ich zum Schluss: Die Chemie- und Pharmaindustrie ist Hessens umsatzstärkster, forschungs- und exportintensivster Wirtschaftszweig. Und auch Hessens größter industrieller Arbeitgeber. Es sollte uns allen gemeinsam daran gelegen sein, jetzt die Weichen richtig zu stellen – mit einer Energiepolitik, die verlässlich und bezahlbar ist, mit einer Bildungspolitik, die Fachkräfte sichert, und mit einer Politik, die Innovationen statt Bürokratie fördert.

Wir sind bereit unseren Teil dazu beizutragen. Herzlichen Dank.